

Statement des GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne für die Pressekonferenz am 24. September 2007 anlässlich der Veröffentlichung der Petition „Grundrecht auf Ausbildung“

(Es gilt das gesprochene Wort.)

„Warum jetzt die Petition „Grundrecht auf Ausbildung“?

1. Die Ausbildungsnot hat eine lange Geschichte. Zum ersten Mal gab es Mitte der 1970er Jahre einen Mangel an Ausbildungsplätzen. Seit dieser Zeit mahnen die Gewerkschaften eine nachhaltige Lösung an und haben viele konstruktive Vorschläge gemacht. Jetzt brauchen wir endlich eine klare gesellschaftliche Regelung des Rechts auf Bildung (Stichwort: Lebenslanges Lernen) - auch für die Phase der beruflichen Ausbildung.
2. Die Gewerkschaften haben vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Mangels an Fachkräften Rückenwind für ihre Forderung „Ausbildung für alle“. Dies ist die konsequente Umsetzung der Parole der Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), alle Potenziale auszuschöpfen.
3. Die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung hat expressis verbis zum Ziel, jungen Menschen insbesondere den Benachteiligten, eine Ausbildung zu ermöglichen. Das Recht auf Ausbildung sichert den hierfür notwendigen gesellschaftlichen Rahmen.
4. Die vielen Aktionen der GEW mit jungen Menschen, die Ausbildungsplätze suchen, haben gezeigt, dass die Unzufriedenheit sehr groß ist. Deshalb haben Schülervertretungen beschlossen, eine Petition zum Grundrecht auf Ausbildung zu initiieren. DGB und GEW unterstützen dieses Anliegen, der DGB hat im vergangenen Jahr auf seinem Bundeskongress einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Ziel der Petition ist, dass alle, die sich für eine Ausbildung bewerben, einen Ausbildungsplatz erhalten und nicht in Ersatzmaßnahmen geparkt werden.

Eine „Generation abgeschoben“ können wir uns nicht leisten, weder in sozialer noch ökonomischer Hinsicht. Was mit Hunderttausenden Jugendlicher Jahr für Jahr geschieht, ist ein Wahnsinn. Wenn diese trotz zahlreicher Bewerbungen abgelehnt werden, keine Ausbildung aufnehmen können, sondern nur im Übergangssystem unterkommen, fühlen sie sich zu Recht abgeschoben. Ausbildung von Anfang an, ohne Warteschleifen lautet die gesellschaftlich zu lösende Frage.

Die GEW wendet sich gegen jegliche Stigmatisierung der Jugendlichen.

Wer behauptet, dass die mangelnde Ausbildungsreife den erfolgreichen Übergang in Ausbildung verhindere, schiebt den Jugendlichen den Schwarzen Peter zu. Ausbildungsreife ist wie Studierfähigkeit ein Entwicklungsprozess. Solange es bis in die Mitte der 1970er Jahre ausreichend Ausbildungsplätze gab, haben auch lernschwächere Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Die hohen heutigen Anforderungen grenzen viele Bewerberinnen und Bewerber von vorneherein aus. Der sogenannte „Katalog der Ausbildungsreife“ wird instrumentalisiert, um das Versagen des Ausbildungssystems zu beschönigen. Lernversäumnisse in bestimmten Bereichen dürfen keine Grund sein, Jugendlichen eine Ausbildung zu verweigern. Insbesondere

Lernbehinderte und vielfach benachteiligte Jugendliche brauchen zusätzliche Fördermaßnahmen für den Übergang in die Ausbildung. Diese jungen Menschen machen jedoch nur einen kleinen Teil derjenigen aus, die am Ausbildungsmarkt leer ausgehen.

Nach wie vor nimmt der Ausbildungsmarkt Hunderttausende nicht auf. Die Erfolgsmeldungen über steigende Ausbildungszahlen sind nur ein Teil der Wahrheit. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA, vom 30. August 2007) gelten im August 161 200 Bewerber als unversorgt. 85 900 Ausbildungsplätze waren noch nicht besetzt. Genannt wird die Zahl von 317 700 Ausbildungsverträgen bis Ende Juli, die allerdings weit unter der Zahl der Bewerber liegt. Von Oktober 2006 bis August 2007 haben insgesamt 710 900 Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet (21 700 weniger als im Vorjahr). Zugleich wurden 458 200 Ausbildungsplätze gemeldet (40 300 mehr als im Vorjahr). Dazu die BA: „Der Anstieg beruht größtenteils auf mehr außerbetrieblichen Stellen (plus 27 400 auf 42 000). Die Zunahme der Zahl der Ausbildungsplätze für außerbetriebliche Ausbildungen geht auf die Zusage der BA zurück, im Rahmen des Ausbildungspaktes zusätzliche Lehrstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund einzurichten.“ Im Vergleich dazu ist die Zahl der betrieblichen Stellen nur gering gewachsen, die Zahl steigt um 12 900 auf 415 500. **Nach diesen Zahlen bleiben fast 400 000 Bewerber ohne Ausbildungsvertrag. Sie geben zum großen Teil auf, sich zu bewerben, und sehen sich nach Alternativen um.** Die Folge: Der Anteil der Ungelernten im Alter zwischen 20 und 29 steigt und beträgt zur Zeit ca. 15 Prozent. Gleichzeitig klagen die Arbeitgeber über Fachkräftemangel.

Die Ausbildung der Jugendlichen darf nicht dem Markt überlassen bleiben. Die von der Bundesregierung im August 2007 angekündigte Qualifizierungsoffensive muss sich dem Problem stellen, auch für diejenigen Jugendlichen eine Ausbildung anzubieten, die nicht im dualen System unterkommen. Die Einführung von Ausbildungsbausteinen als Teil der Qualifizierungsoffensive läuft ins Leere, wenn sie nicht anerkannter und anzurechnender Teil einer von Anfang an garantierten Ausbildung sind. Ausbildungsbausteine allein lösen das Problem fehlender Ausbildungsplätze nicht. Ein konkretes Ziel ist die Forderung, das Übergangssystem ab- und umzubauen und in vollqualifizierende Ausbildung umzuwandeln. Das ist realisierbar, wenn Betriebe, überbetriebliche Ausbildungszentren, außerbetriebliche Ausbildung anbietende Träger und berufsbildende Schulen miteinander kooperieren. Das duale System braucht eine systematische Ergänzung durch die Ausbildung an unterschiedlichen Lernorten. Das novellierte Berufsbildungsgesetz hat in § 43,2 ausdrücklich die voll qualifizierende Ausbildung mit Kammerprüfung in Berufsbildenden Schulen geregelt. Die Umsetzung muss endlich in Angriff genommen werden.

Die GEW ruft alle Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern auf, die Petition „Grundrecht auf Ausbildung“ zu unterschreiben.

Die regierenden Parteien sowie die Oppositionsparteien sind aufgefordert, sich für ein Recht auf Ausbildung auszusprechen.